

## Recht und Gesetz

# § Die FEUERWEHREN in NRW – weder Platz für Rechtsradikale und Rassisten noch Frauenfeinde

## 1. GRUNDSÄTZLICHES

Sehr selten kommt es auch durch Mitglieder der Feuerwehren zu rechtsradikalen, rassistischen oder frauenfeindlichen Äußerungen. Jeder Fall ist jedoch einer zu viel. Es ist Aufgabe aller Feuerwehrangehörigen solchen Dingen sofort und bestimmt entgegen zu treten. Toleranz gegenüber solchen Meinungen ist unangebracht, denn ihre Vertreter bekämpfen in eklatanter Weise die Ideale der Feuerwehr und sind selber alles andere als tolerant.

Das Ansehen der Feuerwehren in der Bevölkerung ist sehr hoch. Dies resultiert zum einen auf der hohen Fachkompetenz, zum anderen auch auf der berechtigten Erwartung, dass jedem ohne Ansehen seiner Person geholfen wird.



*Die Feuerwehren in Nordrhein-Westfalen sind stolz auf ihre weltoffene Haltung und auf ihre Feuerwehrfrauen. Rechtsradikale, Rassisten und Frauenfeinde haben bei ihnen keinen Platz! Titelblatt DER FEUERWEHRMANN Ausgabe 12/2000.*

Mit diesem Beitrag sollen Führungskräfte sensibilisiert und über Detailfragen informiert werden, die ihnen häufig nicht bekannt sind. Damit soll der Gefahr vorgebeugt werden, dass sich hinter ihrem Rücken nicht hinzunehmende Dinge entwickeln.

## 2. NICHT HINNEHMBARES VERHALTEN

Sehr kritisch wird es, wenn Äußerungen oder Aktivitäten von Feuerwehrangehörigen

- ▶ den allgemeinen Frieden in der Feuerwehr stören,
- ▶ das Ansehen der Feuerwehr herabsetzen können,
- ▶ gegen Grundsätze der Verfassung verstoßen,
- ▶ sie die Erfüllung von Straftatbeständen darstellen.

Den allgemeinen Frieden in der Feuerwehr stören Äußerungen und Betätigungen, die geeignet sind, das kameradschaftliche Miteinander aller Feuerwehrangehörigen mehr als nur unerheblich

zu beeinträchtigen oder Einzelne abwerten und aus der Gemeinschaft ausgrenzen.

Die Feuerwehr ist rechtlich zur weltanschaulichen Neutralität und dem Auftrag, jedem ohne Ansehen der Person zu helfen, verpflichtet, aber auch für jedermann offen zu stehen. Letzteres ergibt sich aus Art. 3 Abs. 3 GG, wonach niemand wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden darf. Das Ansehen der Feuerwehr setzt damit jeder herab, dessen Äußerungen oder Verhalten in der öffentlichen Meinung geeignet ist, Zweifel an der gebotenen Neutralität zu hegen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer Rechtsstaat. Wer zeigt, dass er die verfassungsmäßige Ordnung, also insbesondere das Demokratieprinzip, das Gewaltenteilungs- und Rechtsstaatsprinzip und die Grundrechte nicht akzeptiert sondern bekämpft, hat weder im öffentlichen Dienst (Berufsfeuerwehr, Rettungsdienst) noch in einem öffentlich-rechtlichen Sonderverhältnis, wie es der Dienst in der Freiwilligen Feuerwehr ist, etwas zu suchen.

Aus konkretem Anlass wird dann ein Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Entfernung aus dem Dienst naheliegen.

## 3. POLITISCH MOTIVIERTE STRAFTATEN

Außer Zweifel steht, dass jede Straftat mit rechtsradikalem, rassistischem oder frauenfeindlichem Hintergrund sowohl bei einem Mitglied der Berufsfeuerwehr als auch bei einem Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr die sofortige Einleitung eines Disziplinarverfahrens nach sich ziehen muss. Solche Straftaten sind insbesondere

- ▶ § 86 a StGB das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen,
- ▶ § 130 StGB Volksverhetzung,
- ▶ § 185 StGB Beleidigung,
- ▶ § 189 StGB Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener,
- ▶ §§ 223, 223 a StGB Körperverletzung und gefährliche Körperverletzung,
- ▶ § 303 StGB Sachbeschädigung.



# Recht

## 3.1 Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen

Nach § 86a Abs. 1 S. 1 StGB wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft, wer im Inland Kennzeichen einer der in § 86 Abs. 1 Nr. 1, 2 und 4 bezeichneten Parteien oder Vereinigungen verbreitet oder öffentlich in einer Versammlung oder in von ihm verbreiteten Schriften (§ 11 Abs. 3) verwendet.

Die öffentliche Verwendung folgender Symbole ist daher eindeutig strafbar:

	Hakenkreuz als Symbol der NSDAP, auch in Variationen – strafbar.
	Symbol der verbotenen ANS/NA – strafbar.
	Parteiabzeichen der verbotenen FAP – strafbar.
	Swastika-Kreuz – strafbar.
	Doppel-Sigrune – Abzeichen der Waffen-SS; auch als einfache Sigrune – strafbar.
	Wolfsangel – strafbar.
	Abzeichen der verbotenen Nationalistischen Front – strafbar.
	Sigrune, Symbol der verbotenen ANS/NA – strafbar.
	Reichskriegsflagge mit Hakenkreuz – strafbar.
	Symbol der im September 2000 vom Bundesinnenminister verbotenen "White Youth", einer Jugendorganisation von "Blood & Honour" – strafbar.

Verschiedene andere Symbole sind nur bedingt strafbar, geben aber zumeist einen eindeutigen Hinweis auf die oft menschenverachtende Ideologie des Verwenders:

	Odalrune, wenn sie als Symbol des verbotenen BNS genutzt wird – strafbar.
	Keltenkreuz, wenn es als Symbol verbotener Organisationen gebraucht wird – strafbar.
	Reichskriegsflagge Kaiserreich – nicht strafbar, kann aber bei Gefährdung des öffentlichen Friedens sichergestellt werden (einschränkend VGH Mannheim NJW 2006, 635).
88	Nicht strafbar. Aber die Zahl 88 steht für die verbotene Grußformel "Heil Hitler". Das H ist der achte Buchstabe im Alphabet.
14	Damit sind die 14 Worte des inhaftierten Gewalttäters und US-Bürgers David Lane gemeint. Die Formel lautet: "We must secure the existence of our people and a future for white children." ("Wir müssen den Fortbestand unserer Rasse bewahren und die Zukunft der weißen Kinder sicherstellen.") Der Zahlencode - auch in Kombinationen wie 14/88 - findet sich als Grußformel in Briefen, in Schriften oder als Endung von E-Mail und Website-Adressen wieder.
Y	Lebensrune – nicht strafbar. Bedeutet aber für Neonazis soviel wie: Das Reich lebt.
	Nicht strafbar – wird jedoch als "Ersatz-Hakenkreuz" von Neonazis verwendet.
	Thorshammer – nicht strafbar, gilt jedoch beim Neonazi als Zeichen für die Germanische Mythologie.
	Symbol der sog. "White Power Bewegung" – nicht strafbar, jedoch Symbol für eine rassistische und gewaltbereite Gesinnung.
	Springerstiefel mit weißen Schnürsenkeln – nicht strafbar, jedoch Symbol für eine rassistische und gewaltbereite Gesinnung.
	Bilder und Fotos von Hitler – nicht strafbar in Dokumentationen, aber strafbar, wenn diese seiner Verherrlichung dienen sollen (BGHSt 28 396; LG Frankfurt NSTz 86, 167 – Hitler-Bild auf T-Shirt).

Nach § 86 Abs. 2 StGB sind Kennzeichen im Sinne des Absatzes 1 namentlich Fahnen, Abzeichen, Uniformstücke, Parolen und Grußformen. Den in Satz 1 genannten Kennzeichen stehen solche gleich, die ihnen zum Verwechseln ähnlich sind. Neben den grafischen Symbolen kann damit auch die Verwendung bestimmter Parolen und Grußformen unter die Strafvorschrift fallen. Nach der Rechtsprechung ist unter anderem Folgendes strafbar:

- ▶ Hitlergruß (Bay ObstLG NSTz 2003, 89),
- ▶ Grußform "Heil Hitler" (OLG Celle NJW 1970, 2258),
- ▶ Grußform mit deutschem Gruß (BGHSt 27, 1),
- ▶ der Gruß "Sieg Heil" (OLG Düsseldorf MDR 1991, 174),
- ▶ Singen oder Absingen nationalsozialistischem Liedguts wie z. B. Horst-Wessel-Lied (BGH MDR 1965, 923) oder "Es zittern die morschen Knochen" (OLG Celle NJW 1991, 1497), wobei die Melodien oder einzelne markante Textpassagen genügen (Bay ObstLG NJW 1990, 2006).

Nicht strafbar, da es sich um eine "Fantasie-Parole" handelt, ist der Ausspruch "Ruhm und Ehre der Waffen-SS" (BGH NJW 2006, 335). Das in einem solchen Ausspruch allerdings eine verfassungsfeindliche Gesinnung zum Ausdruck kommt, die zu Konsequenzen führen muss (s. u. 4), bedarf keiner weiteren Erörterung.

Voraussetzung für die Strafbarkeit ist immer die öffentliche Verwendung der vorgenannten Kennzeichen, die Verwendung in einer Versammlung oder ihre Verbreitung in Schriften bzw. E-Mails. Öffentlich ist die Verwendung, wenn sie von einem in Zahl und Individualität unbestimmten oder durch nähere Beziehung nicht verbundenen Personenkreis unmittelbar wahrgenommen werden kann. Die Frage, ob eine öffentliche Äußerung vorliegt, ist eine Frage des Einzelfalls. Bereits drei Personen können jedoch für die Annahme einer Versammlung ausreichen (BayObLG NJW 1979, 1895). Dienstliche Veranstaltungen der Feuerwehr werden daher im Regelfall als Versammlung in diesem Sinne anzusehen sein.

### 3.2 Volksverhetzung

Wegen Volksverhetzung wird nach § 130 Abs. 1 StGB unter anderem bestraft,

1. wer in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, zum Hass gegen Teile der Bevölkerung aufstachelt oder zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen gegen sie auffordert oder die Menschenwürde anderer dadurch angreift, dass er Teile der Bevölkerung beschimpft, böswillig verächtlich macht oder verleumdet;
2. wer einen unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangenen Völkermord in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, öffentlich oder in einer Versammlung billigt, leugnet oder verharmlost.

Nach der Rechtsprechung können u. a. folgende Äußerungen als Volksverhetzung strafbar sein:

- ▶ "Ausländer raus" (OLG Brandenburg NJW 2002, 1440),
- ▶ Öffentlicher Aufruf Ausländer von einer Beschäftigung auszuschließen und auszuweisen (BGH NSTz 2007, 216),
- ▶ Plakate (und Aufkleber) mit den Aufschriften:
  - "Deutsche wehrt Euch gegen Gesichtslügen und Überfremdung"
  - "Deutschland ist kein Einwanderungsland"
  - "Ausländer sind als zahlende Gäste willkommen"
  - "Multikulturell = Multikriminell"
  - "Jedem Volk seinen eigenen Staat"
  - "Befreiungslüge zum 8. Mai" (AG Linz NSTz-RR 1996, 358)
- ▶ "Statt Abtreibung in Deutschland – Kondome für die Dritte Welt" (BayObLG NJW 1990, 2479)
- ▶ Leugnen des Holocausts und der Existenz von Vernichtungslagern (BGH NSTz 2001, 305).

### 3.3. Straftaten gegen die persönliche Ehre

Straftaten gegen die persönliche Ehre sind die Beleidigung (§ 185 StGB), die üble Nachrede (§ 186 StGB), die Verleumdung (§ 187 StGB) und die Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener (§ 189 StGB). Geschützt ist die Ehre als innerer Wert oder als Würde des Menschen (geschützt auch durch Art. 1 GG) und daneben die äußere Ehre in den Augen anderer Menschen, also der Ruf innerhalb der menschlichen Gesellschaft. Die Kundgabe der Missachtung oder Nichtachtung der Ehre ist strafbewehrt. Rassistische oder frauenfeindliche Äußerungen in Bezug auf bestimmte Personen stellen im Regelfall eine solche Missachtung oder Nichtachtung der Ehre dar.

### 3.4. Körperverletzung

Die §§ 223 ff StGB schützen die körperliche Integrität und Gesundheit. Wer sie vorsätzlich verletzt, muss neben der Strafe mit einem Disziplinarverfahren rechnen. Ist die Tat rassistisch motiviert oder richtet sie sich gegen andere Feuerwehrangehörige, muss dies die Entfernung aus dem Dienst zur Folge haben.

### 3.5 Sachbeschädigung

Auch Sachbeschädigungen (§§ 303 ff StGB) können einen rechtsradikalen oder rassistischen Hintergrund haben, der einen Verbleib in der Feuerwehr unmöglich macht.



**Heckmann**  
FunkmelderService

alarmieren, benachrichtigen, funken.



Heckmann  
FunkmelderService GmbH  
Hubertusstraße 15  
47638 Straelen  
Tel 02834 70956-0  
Fax 02834 70956-29  
info@funkmelderservice.de  
www.funkmelderservice.de

# Recht

## 4. Reaktionen auf Fehlverhalten

Reagieren auf rechtsradikale, rassistische oder frauenfeindliche Aktivitäten muss jeder Demokrat. Wer bei Feuerwehrangehörigen solche Aktivitäten bemerkt, sollte diese sehr deutlich auffordern, dies sofort zu unterlassen. Hat dies keinen Erfolg oder handelt es sich um mehr als eine einmalige Entgleisung, sollte sofort der zuständige Vorgesetzte informiert werden. Dieser sollte unverzüglich versuchen, den Sachverhalt aufzuklären, ggf. Beweise sichern und seine Erkenntnisse dann unverzüglich dem Leiter der Feuerwehr mitteilen.



*Meinungsfreiheit im öffentlichen Dienst hat ihre Grenze an der Verfassungstreue. Wer so auftritt, hat in den Feuerwehren nichts verloren.*

Der Leiter der Feuerwehr hat dann zu prüfen, ob er aufgrund des ihm mitgeteilten Sachverhalts

1. ein Disziplinarverfahren einleiten und
2. eine Strafanzeige erstatten

muss.

Ein Disziplinarverfahren ist immer einzuleiten, wenn durch eine Straftat ein anderer Feuerwehrangehöriger verletzt wird. Dies ist z. B. bei einer beleidigenden rassistischen oder frauenfeindlichen Äußerung gegenüber einem anderen Feuerwehrangehörigen der Fall. Bei ehrenamtlichen Mitgliedern der Feuerwehr liegt dann

ein besonders schweres Dienstvergehen nach § 20 Abs. 2 Buchstabe c LVO vor. Dieses führt nach § 20 Abs. 3 LVO im Regelfall zum Ausschluss aus der Freiwilligen Feuerwehr. Gleiches gilt für übrige Straftaten mit rechtsradikalem und rassistischem Hintergrund. In diesem Fall ist von einem besonders schweren Dienstvergehen gem. § 20 Abs. 2 Buchstabe b LVO auszugehen. Denn solche Taten stellen evident die im Feuerwehrdienst erforderliche Vertrauenswürdigkeit in Frage.

Aber auch wenn das Verhalten keinen Straftatbestand erfüllt, ist nach eingehender Würdigung der Gesamtumstände ein Disziplinarverfahren einzuleiten. Denn rechtsradikale und rassistische Äußerungen stellen bei Beamten einen Verstoß gegen die beamtenrechtliche Treuepflicht und die Pflicht zu Verfassungstreue und bei ehrenamtlichen Feuerwehrangehörigen ein Dienstvergehen nach § 20 Abs. 1 Buchstabe a LVO dar. Verfassungsfeindliche Äußerungen sind ein Verstoß gegen die allgemeine Ordnung. Dies ergibt sich aus den entsprechend anzuwendenden Regelungen des Bundesbeamten und Landesbeamtengesetzes (vgl. dazu Schneider, Laufbahn in der Freiwilligen Feuerwehr Nordrhein-Westfalen, 2. Auflage, § 20 Anm. 3.2).

Bei Straftaten gegenüber anderen Feuerwehrangehörigen hat der Leiter der Feuerwehr stets zu prüfen, ob er nach pflichtgemäßem Ermessen eine Strafanzeige erstattet. Dies wird sich bei dem oben skizzierten Hintergrund regelmäßig in Richtung "Null" reduzieren.

Ansprechpartner sind neben den örtlichen Polizeibehörden die Abteilungen Staatsschutz bei den Polizeipräsidenten und der Verfassungsschutz des Landes ([www.verfassungsschutz.nrw.de](http://www.verfassungsschutz.nrw.de)) Beim polizeilichen Staatsschutz handelt es sich um Fachdienststellen, die organisatorisch bei den Kriminalhauptstellen angebunden sind.

Ralf Fischer

## § Autobahnen: Absicherung des Rettungsdienstes durch die Feuerwehr

Im Bereich einer Leitstelle befindet sich ein Autobahnabschnitt, der häufig erst mit erheblicher Verzögerung bei Unfällen oder Notfällen von der Autobahnpolizei erreicht werden kann. Bei reinen medizinischen Notfällen stellt sich daher der Leitstelle für Feuerschutz und Rettungsdienst die Frage, ob die Feuerwehr zur Absicherung der Einsatzstelle des Rettungsdienstes alarmiert werden darf, da der Rettungsdienst zu einer richtigen Absicherung seiner Einsatzstelle weder sachlich noch personell in der Lage ist.

Eine Alarmierung der Feuerwehr kommt nur dann in Betracht, wenn

- eine Zuständigkeit der Feuerwehr vorliegt oder
- die Absicherung der Feuerwehr in Amtshilfe erfolgen kann.

Nach der weiten Auslegung des Begriffs Unglücksfall durch das OVG Münster, kann man bei einem Rettungsdiensteinsatz auf der BAB durchaus von einem Unglücksfall ausgehen, soweit die Polizei nicht in der Lage ist, die Einsatzstelle zeitnah zu sichern.

Nach der Rechtsprechung zu dem "Problembereich Ölspuren" ist ein Unglücksfall ein mit einer gewissen Plötzlichkeit eintretendes Ereignis, welches eine erhebliche Gefahr für Menschen oder Sachen bringt oder bringen kann. Bei einem nicht weiter abgesicherten Rettungsdiensteinsatz auf einer BAB besteht eine erhebliche Gefahr für den Kraftfahrzeugverkehr, welche zu erheblichen Personen- und Sachschäden führt. Damit kann je nach Lage von einer Zuständigkeit der Feuerwehr ausgegangen werden, wenn eine Absicherung durch die Polizei nicht in gleicher Zeit sicher ist.



Einsätze des Rettungsdienstes auf der Autobahn stellen besondere Anforderungen. Hat sich noch kein Stau aufgebaut, ist die Absicherung der Einsatzstelle lebenswichtig. Diese gilt vor allem bei schlechter Sicht.

Grundsätzlich könnte die Feuerwehr auch nach den §§ 4 VwVfG<sup>1</sup> angefordert werden. Denn mit Ihrer Amtshilfe soll sie im Sinne von § 5 Abs. 1 Nr. 2<sup>2</sup> VwVfG die nicht möglich Eigensicherung des Rettungsdienstes ermöglichen. Ein Verstoß gegen § 5 Abs. 2 VwVfG liegt nicht vor. Zwar ist originär für die Verkehrssicherung die Polizei zuständig. Aber bei Unglücksfällen und an anderen Einsatzstellen ist auch die Feuerwehr befugt, vorläufige Sicherungsmaßnahmen zu ergreifen.

Bei einer Alarmierung auf der Autobahn ist allerdings die Sonderzuständigkeit nach § 2 FSHG<sup>3</sup> zu beachten. Ist der Autobahnabschnitt einer Feuerwehr durch die Bezirksregierung zugewiesen, hatte diese die volle Zuständigkeit<sup>4</sup>.

Ralf Fischer

#### 1 § 4 VwVfG – Amtshilfepflicht

- (1) Jede Behörde leistet anderen Behörden auf Ersuchen ergänzende Hilfe (Amtshilfe).
- (2) Amtshilfe liegt nicht vor, wenn
  1. Behörden einander innerhalb eines bestehenden Weisungsverhältnisses Hilfe leisten;
  2. die Hilfeleistung in Handlungen besteht, die der ersuchten Behörde als eigene Aufgabe obliegen.

#### 2 § 5 VwVfG – NRW Voraussetzungen und Grenzen der Amtshilfe

- (1) Eine Behörde kann um Amtshilfe insbesondere dann ersuchen, wenn sie
  1. aus rechtlichen Gründen die Amtshandlung nicht selbst vornehmen kann;
  2. aus tatsächlichen Gründen, besonders weil die zur Vornahme der Amtshandlung erforderlichen Dienstkräfte oder Einrichtungen fehlen, die Amtshandlung nicht selbst vornehmen kann;
  3. zur Durchführung ihrer Aufgaben auf die Kenntnis von Tatsachen angewiesen ist, die ihr unbekannt sind und die sie selbst nicht ermitteln kann;
  4. zur Durchführung ihrer Aufgaben Urkunden oder sonstige Beweismittel benötigt, die sich im Besitz der ersuchten Behörde befinden;
  5. die Amtshandlung nur mit wesentlich größerem Aufwand vornehmen könnte als die ersuchte Behörde.
- (2) Die ersuchte Behörde darf Hilfe nicht leisten, wenn
  1. sie hierzu aus rechtlichen Gründen nicht in der Lage ist;

#### 3 § 2 FSHG – Einsatz der Feuerwehren auf Bundesautobahnen, Wasserstraßen und Eisenbahnstrecken

- (1) Die Bezirksregierung kann den öffentlichen Feuerwehren zusätzliche Einsatzbereiche auf Bundesautobahnen, autobahnähnlichen Straßen sowie Wasserstraßen und Eisenbahnstrecken zuweisen.
- (2) Berührt ein Einsatzbereich mehrere Regierungsbezirke, so entscheidet das Innenministerium.

4 Vgl. Schneider, FSHG, § 2 Anm. 1,4.



## Brandschutzerziehung tut Not!

### Feuer im Krankenhaus

**Vergessene Kerzen auf der Onkologie setzen Tisch in Brand  
21 Patienten evakuiert – Zwei Krankenschwestern und vier Polizisten verletzt**

**HAMM.** Glück im Unglück: Bei einem Feuer im Evangelischen Krankenhaus (EVK) am späten Ostersonntagabend wurde kein Patient verletzt. Allerdings wurden insgesamt sechs Menschen von Personal und Polizei bei ihrem lebensrettenden Einsatz leicht verletzt.

Um exakt 21.37 Uhr lief aufgrund einer starken Rauchentwicklung auf der Onkologie ein Brandmeldealarm bei der Feuerwehr ein. Gleichzeitig entdeckte eine 29-jährige Krankenschwester das Feuer in einem Zimmer der Station 51. Durch offensichtlich vergessene Kerzen hatte sich in dem Zimmer, in dem sich keine Patienten befanden, ein Tisch entzündet. Dieser brannte in voller Ausdehnung und sorgte für eine starke Rauchentwicklung. Die Leitstelle der Feuerwehr schickte Kräfte der Hauptfeuerwache sowie Löschzüge Hamm-Süden und Berge an den Ort des Geschehens. Zudem waren drei Rettungswagen, zwei Notärzte und ein leitender Notarzt in Marsch gesetzt, so dass letztlich 50 Einsatzkräfte an der Werler Straße tätig waren. Den wichtigsten Part übernahm bereits die Krankenschwester. Mit einem Feuerlöscher löschte sie die Flammen. Der Brand blieb so auf das eine Zimmer beschränkt. Anschließend begann die Krankenschwester gemeinsam mit den mittlerweile eingetroffenen Polizeibeamten mit der Evakuierung der 21 in stationärer Pflege befindlichen Patienten. Einige von ihnen waren nicht mobil und hätten den Gefahrenbereich aus eigener Kraft nicht verlassen können. Die Patienten kamen in anderen Stationen im Krankenhaus unter. Bei der Rettungsaktion zogen sich zwei Krankenschwestern und vier Polizeibeamte jeweils leichte Rauchgasvergiftungen zu. Ein Polizeibeamter war anschließend nicht mehr dienstfähig. Die Feuerwehr konnte den betroffenen Bereich nur mit schwerem Atemschutz betreten und durchlüften. Ihr Einsatz endete gegen 23.30

Westfälischer Anzeiger vom 19. März 2008

[www.sicherheitserziehung-nrw.de](http://www.sicherheitserziehung-nrw.de)